

Thema: attac,

URL: <http://www.orf.at/stories/2218816/>news  ORF.at[Fernsehen](#) [TVthek](#) [Radio](#) [Debatte](#) [Österreich](#) [Wetter](#) [IPTV](#) [Sport](#) [News](#) [ORF.at im Überblick](#)

Hypo: Regierungsmitglieder gegen U-Ausschuss

Mehrere Regierungsmitglieder haben sich heute vor dem Ministerrat gegen einen Untersuchungsausschuss im Parlament zur Bank Hypo Alpe-Adria ausgesprochen. Nun solle die ganze Energie zur Problemlösung verwendet werden, hieß es gegenüber Journalisten. SPÖ-Finanzstaatssekretärin Sonja Steßl sieht es an der Zeit, dass sich die FPÖ bei den Österreichern entschuldigt.

Hundstorfer: U-Ausschuss keine Lösung

Grundsätzlich sei ein U-Ausschuss Sache des Parlaments, und dort habe sich erst gestern eine Mehrheit dagegen ausgesprochen, so Steßl. Auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) betonte, nun sei es wichtig, zu schauen, mit welcher Variante die Bank abgewickelt wird. Ein U-Ausschuss löse das Problem nicht.

Ähnlich klang es bei ÖVP-Klubchef Reinhold Lopatka: „Ein U-Ausschuss kann zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keinen Beitrag leisten.“ Die Untersuchung solle man der Justiz überlassen. Man müsse auch schauen, dass die Gläubiger und Alteigentümer einen Beitrag leisten und die Steuerzahler entlastet werden. Ins gleiche Horn stieß auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP).

Protestaktion vor Ministerrat

Vor Beginn des Ministerrats hatten die Grünen, die Sozialistische Jugend (SJ) und ATTAC vor dem Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz ihren Unmut über die Ablehnung eines U-Ausschusses kundgetan.

Etwa 40 Grünen-Vertreter, angeführt von Bundessprecherin Eva Glawischnig, zeigten Schilder, auf denen sie fragten „Werner, was ist jetzt mit Gerechtigkeit?“ und „Spindi, Entfesselung der Bankenfrage?“. „Wir haben die Sorge, dass die Steuerzahler nicht geschont werden“, sagte Glawischnig.

Opposition verweigerte „Schulterschluss“

Am Ende der gestern äußerst emotional geführten Nationalratssondersitzung zur notverstaatlichten Problembank Hypo Alpe-Adria lehnten die beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ den Antrag auf einen Untersuchungsausschuss erwartungsgemäß ab. Dieser wurde im Vorfeld jedoch von den Grünen als Bedingung für einen von der ÖVP geforderten „nationalen Schulterschluss“ genannt. Grünen-Chefin Glawischnig kündigte daraufhin umgehend an, künftig eine Reihe von Sondersitzungen einberufen zu wollen.

Mehr dazu in [Wichtige Fragen ausgeklammert](#)

Juristen gegen Politikerhaftung

Viele Bürger sind über den Hypo-Alpe-Adria-Skandal verärgert und würden sich wünschen, dass die verantwortlichen Politiker selbst für den Schaden haften. Das fordern auch Team Stronach und NEOS. Doch Verfassungsjuristen winken ab: Sie sagen, dass in einer Demokratie Politiker nur dann bestraft werden dürfen, wenn sie Gesetze gebrochen haben. Fehler zu machen, sei aber nicht verboten.

Mehr dazu in oe1.ORF.at

18.02.2014

[Seitenanfang ▲](#)

Thema: attac,

URL: <http://www.orf.at/stories/2218816/>



Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag